

Der Präsident
des
Bundesaufsichtsamtes
für das
Versicherungswesen



Ludwigkirchplatz 3 - 4
10719 Berlin

Postfach 15 02 80
10664 Berlin

Telefon: (0 30) 88 93 - 0
Telefax: (0 30) 88 93 - 4 94

Geschäftszeichen (bitte stets angeben)

Z - Q 2 - 66/99

Datum

23. Juli 1999

R 2/99
Grenzen des Vertriebs von Versicherungsprodukten
über das Internet

An alle der Aufsicht des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen unterstehenden Versicherungsunternehmen mit Ausnahme der Rückversicherungsunternehmen.

Vorbemerkung

Seit einiger Zeit sind auch Versicherer vermehrt im Internet vertreten. Die Mehrzahl der Unternehmen bietet nur Informationen, einige sehen aber bei bestimmten Produkten auch die Möglichkeit vor, online Anträge auf Abschluß von Versicherungsverträgen zu stellen.

Mit der Möglichkeit, "online per Mausclick" Versicherungsanträge zu stellen, sind verschiedene spezifisch versicherungsvertrags- und aufsichtsrechtliche Fragen verbunden (VerBAV 1998 S. 140, 160 f.). Mit diesem Rundschreiben werden erste Hinweise zu den rechtlichen Grenzen des elektronischen Handels mit Versicherungsprodukten gegeben, die sich aus dem Versicherungsaufsichtsgesetz – VAG – (insb. § 10a VAG), dem Versicherungsvertragsgesetz – VVG – (insb. §§ 5, 5a und 8 VVG) und dem Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen – AGBG – (§§ 2 ff. AGBG) ergeben.

I. Zustandekommen von Versicherungsverträgen

1. Verbraucherinformation

Einige Versicherer gehen davon aus, daß auch die Übermittlung der Verbraucherinformation über das Internet die Voraussetzungen des § 10a Abs. 2 VAG erfüllt. Sie meinen deshalb, daß dem Versicherungsnehmer nur das Widerrufs- bzw. das Rücktrittsrecht gemäß § 8 Abs. 4 bzw. Abs. 5 VVG zustehe, nicht aber das Widerspruchsrecht nach § 5a VVG.

Das Bundesaufsichtsamt hält diese Sichtweise für unzutreffend und wird die entsprechende Praxis beanstanden. Denn der Versicherer kann dem Versicherungsnehmer die Verbraucherinformation (einschließlich der Allgemeinen Versicherungsbedingungen – AVB) derzeit nur in "Papierform" geben. Die Verbraucherinformation im Umfang der Anlage Teil D zum VAG hat gemäß § 10a Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 2 VAG "schriftlich" zu erfolgen. Das soll gewährleisten, daß dem Interessenten die Verbraucherinformation in dauerhafter Form zur Verfügung gestellt wird. So kann er vor Vertragsschluß die Angebote mehrerer Versicherer vergleichen und nach Vertragsschluß die ihm obliegenden Pflichten erfüllen und seine Rechte effektiv wahrnehmen. Dem genügt eine Darstellung am Bildschirm nicht. Der Versicherer könnte auch nicht zuverlässig sicherstellen, daß der Interessent sich die übermittelten Verbraucherinformationen ausdrückt. Hat der Kunde aber die Verbraucherinformation nicht oder nicht in gehöriger Form erhalten, findet § 5a VVG Anwendung.

Das Bundesaufsichtsamt hält es daher für erforderlich, daß bereits auf den Internetseiten unübersehbar ein Hinweis auf das Widerspruchsrecht nach § 5a VVG gegeben wird, um Mißverständnisse sicher zu vermeiden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Ausnahme des § 5a Abs. 3 VVG die Vereinbarung des Verzichts auf die vorherige Aushändigung der Verbraucherinformation voraussetzt und ausschließlich für den Vertrag über die vorläufige Deckung gilt.

2. Belehrung über das Widerrufs- bzw. Rücktrittsrecht

Ist der Versicherungsnehmer schon im Besitz der Verbraucherinformation in Papierform, wenn er den Antrag stellt, so kann der Versicherer ihn nicht wirksam online über das Widerrufs- bzw. Rücktrittsrecht belehren.

Die Belehrung ist gemäß § 8 Abs. 4 Satz 3 bzw. Abs. 5 Satz 3 VVG nur wirksam, wenn der Versicherungsnehmer die Belehrung durch Unterschrift bestätigt hat. Eine Unterschrift liegt nach ständiger Rechtsprechung nur vor, wenn ein individueller und charakteristischer dauerhafter "Schriftzug" vorliegt, der sich als Wiedergabe eines Namens darstellt. Eine sog. elektronische Unterschrift könnte die gesetzlich vorgeschriebene Unterschrift nicht ersetzen (vgl. zum Signaturgesetz BT-Drs. 13/7385 S. 26, 59 f., 72). Auch ein Verzicht auf die Form der Belehrung kommt wegen deren Schutzzwecks nicht in Betracht (vgl. Herrmann, VersR 1998 S. 931 [938] zu § 5a VVG).

Aus gegebenem Anlaß weise ich darauf hin, daß die Gewährung vorläufiger Deckung nicht dazu führt, daß das Widerrufsrecht entfällt. Die Ausnahmeregelung des § 8 Abs. 4 Satz 5 VVG setzt zum einen voraus, daß die vorläufige Deckung auf Wunsch des Versicherungsnehmers gewährt wird, zum anderen entfällt das Widerrufsrecht nur für den Vertrag über die vorläufige Deckung.

3. Gestaltung der Internetseiten

Die Versicherer haben bei der Gestaltung der Internetseiten darauf zu achten, daß Unklarheiten von vornherein vermieden werden. Mißverständnisse können sich insbesondere ergeben, wenn bei Bausteinsystemen unter einer Vielzahl von Klauseln gewählt werden kann oder Irrtümer über den Umfang des Versicherungsschutzes entstehen können (vgl. auch § 10a Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 VAG).

II. Datenschutz im Internet/Mißbrauchsgefahr

Das Internet hat bisher erhebliche Sicherheitsmängel, die daraus resultieren, daß es als offenes System konzipiert ist, das niemand verantwortlich leitet. Es handelt sich nicht um ein nur die Versicherungsbranche betreffendes Problem. Versicherungsinteressenten, die das Internet häufiger nutzen, sind diese Mängel regelmäßig bekannt. Dennoch kann nicht generell davon ausgegangen werden, daß dieses Wissen stets vorhanden ist. Die Schutzvorkehrungen der Browserprogramme sind oft unzureichend. Diese blenden zwar vor jeder Datenübermittlung Sicherheitshinweise ein, bieten aber auch die Option, die Funktion zu deaktivieren. Überdies sind die Sicherheitshinweise älterer Versionen nicht immer in klar verständlichem Deutsch gehalten; die neuesten Versionen der Browser sind zuerst oft nur in Englisch verfügbar.

Das Bundesaufsichtsamt hält es für erforderlich, daß bei der Übermittlung personenbezogener Daten ein besonderer, hervorgehobener und klar verständlicher sicherheitstechnischer Hinweis erscheint. Dies gilt insbesondere, soweit Gesundheitsdaten oder andere sensible Informationen – wie Kreditkartennummern – abgefragt werden.

Die Versicherer müssen in jedem Fall selbst daran interessiert sein, daß die Identität des Absenders eines Antrags festgestellt wird, weil eine besonders hohe Gefahr besteht, daß Personen unter Phantasie- oder gar fremden Namen Anträge stellen (vgl. Waldenberger, BB 1996 S. 2365 f.). Sie sollten die Möglichkeit vorsehen, die AVB zu speichern und auszudrucken und den Kunden empfehlen, hiervon Gebrauch zu machen. Auf § 5 VVG wird hingewiesen.

Den Empfang des Rundschreibens bitte ich zu bestätigen.

In Vertretung

gez. Kaulbach